

**Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 20.07.2011 über die Gründung eines schulorganisatorischen Zusammenschlusses (Verbundschule) von Realschule Gummersbach-Steinberg und Gemeinschaftshauptschule Gummersbach-Strombach im Verbund****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
	Schul- und Sportausschuss
01.12.2011	Rat

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Gummersbach hebt den Ratsbeschluss 1349/2011 vom 20.07.2011 zur Gründung eines schulorganisatorischen Zusammenschlusses (Verbundschule) von Realschule Gummersbach-Steinberg und Gemeinschaftshauptschule Gummersbach-Strombach im Verbund auf.

**Begründung:**

Mit Beschluss vom 20.07.2011 hat der Rat der Stadt Gummersbach die Gründung eines schulorganisatorischen Zusammenschlusses von Realschule Gummersbach-Steinberg und Gemeinschaftshauptschule Gummersbach-Strombach im Verbund beschlossen.

Mit Bescheid vom 20.10.2011 hat die Bezirksregierung Köln den Antrag der Stadt Gummersbach auf Gründung dieses schulorganisatorischen Zusammenschlusses bewilligt.

Durch das Inkrafttreten des 6. Schulrechtsänderungsgesetz und den damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf die Gummersbacher Schullandschaft, sowie weitere, neue Entwicklungen auch im demografischen Bereich, sind aus Sicht der Verwaltung die dem Beschluss zugrunde gelegten Voraussetzungen zur Gründung eines schulorganisatorischen Zusammenschlusses nicht mehr gegeben.

Mit Inkrafttreten des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes wurde die mögliche Laufzeit von Verbundschulen maximal bis zum Schuljahr 2019/2020 begrenzt. Danach läuft die Verbundschule automatisch aus und wird in eine Sekundarschule umgewandelt. Eine Verbundschule kann somit nur als schon feststehendes „Auslaufmodell“ gegründet werden.

Mit dem neuen Schulrecht werden ebenfalls die Sekundarschulen als neue Schulform festgeschrieben.

Die schon angekündigten Schulgründungen in direkter Nachbarschaft von Gummersbach lassen befürchten, dass auf Grund der dann sehr hohen Schulkonkurrenz bei gleichzeitig rückläufigen Schülerzahlen für eine Verbundschule in Gummersbach auch mittelfristig nicht mehr genug Schüler zur Verfügung stehen.